

Internationale Uebersicht.

Mit eiserner Konsequenz treiben die angelsaechsischen Imperialisten ihre Druckoffensive gegen die SU immer weiter vorwaerts. Aufnahme der amerikanischen Radio-sendungen nach Russland; Truman ersucht um Aufrechterhaltung der Kriegsvollmaechten "wegen Getreideversorgung" (3.2.). Am 4.2. schicken sie die Nachricht durch die Weltpresse: die Angliederung des Baltikums wurde bisher weder von USA noch von England anerkannt (womit angedeutet wird, dass auch die Annektion der deutschen Ostgebiete keineswegs schon anerkannt ist). Am 13.2. verlautbaren sie den Militaerpakt USA-Kanada, der selbst-verstaendlich gegen die SU gerichtet ist und England, Australien, Suedafrika tatsaechlich mit einbegreift. Damit daran ja kein Zweifel sei, betont Lord Halifax (NZZ 21.2.Morgenausgabe) "die ungeschriebene Allianz zwischen USA und England" (gegen die SU) und Bevin unterstreicht dies, indem er vor dem Unterhaus erkluert (Basler Nachrichten vom 28.2.Morgenausgabe): "Wir werden es nicht zulassen, dass zwischen Grossbritannien und die Vereinigten Staaten ein Keil getrieben wird". Der USA-Aussenminister Marshall erkluert die Weltlage als "sehr kritisch", am 24.2. sagt er neuerlich: "Die gegenwaertige Lage ist in vielen Beziehungen noch kritischer als waehrend der Kriegsjahre". Vandenberg, ein Fuehrer der Republikanischen Partei erkluert brutal offen: "Der Krieg ist noch nicht beendet" (Volksrecht 22.2.). Die amerikanische Regierung "ersucht" (2.3.), England solle seine Truppen in Griechenland weiter belassen; womit sie die Worte Vandenberg's unterstreicht.

Entweder nachgeben, kapitulieren oder wir fuehren den Krieg gegen die SU zu ueber - das ist die Alternative, vor welche die angelsaechsischen Imperialisten Stalinrussland immer staerker stellen.

Die Kuetzung des amerikanischen Budgets um 4½ Md.D. (des Armee- und Marinebudgets um 1,2 Md.D.) ist ein innenpolitisches Manoeber der Republikanischen Partei, die in ihrem Wahlprogramm als Hauptpunkt den Wuehlern eine zwanzig prozentige Steuersenkung versprochen hatte. Sie verbessert dadurch zugleich ihre Chancen fuehr die Praesidentenwahl, die im Herbst 1948 stattfinden wird. Die USA-Armee wird trotzdem alles erhalten, was sie braucht.

Wohin der Kurs geht, zeigt am deutlichsten der Gang der Dinge in China. Wir wuenschen "ein starkes und handlungsfuehiges (kapitalistisches)(amerikanisch orientiertes) China" erkluerte Vandenberg (3.2.). 80 % saemtlicher Ausgaben des chinesischen Bourgeoisstaates dienen dem Finanzieren des "Buergerkriegs", des tatsaechlichen Krieges gegen die SU. Schliesslich verkueudet Tschangkaischek - ausser jedem Zweifel im Auftrag der angelsaechsischen Imperialisten - die Einfuehrung des allgemeinen obligatorischen Militaerdienstes (NZZ 27.2. Morgenausgabe), die Mobilisierung der Armee (Volksrecht 27.2.). Allgemeine Wehrpflicht, Mobilisierung der Armee, gegen wen? - gegen die Stalinchinesen, das ist tatsaechlich (der Auswirkung nach) gegen die SU. Fast zur gleichen Zeit bricht Tschangkaischok die Verhandlungen ab mit den Stalinchinesen und fordert deren Delegation auf (unzweifelhaft im Auftrag der imperialistischen Raueber von USA-England), Nanking, Tschungking, Shanghai bis 4. Maerz zu verlassen. Das bedeutet den Abbruch der Beziehungen zu den Stalinchinesen - ausgerechnet vor der Moskauer Konferenz!... Ein Schritt, "der jede Hoffnung auf eine Verstaendigung zwischen der Regierung und den Kommunisten (lies: stalinrussischen Chinesen) zunichte macht", schreibt die NZZ 2.3. Morgenausgabe!...

In Japan ist das siegreiche Kompromiss zugunsten der amerikanischen Monopolbourgeoisie in bestem Durchfuehren. Die Berner Tagwacht (17.2.) bringt darueber einen sehr aufschlussreichen Artikel unter dem Titel: USA "demokratisiert" Japan; das (amerikanisch-japanische) Trustkapital verstaendigt sich: Das amerikanische Trustkapital erhaelt, behaelt die Fuehrung, das Kommando - das japanische Trustkapital wird mit ins Geschaefte genommen als Jungerpartner zum Durchfuehren der Profit- und Blutgeschaefte der amerikanischimperialistischen Raueber.

Die Berichte der Stalinpresse, dass sich derselbe Prozess in der amerikanisch-englischen Zone Deutschlands abspiele, werden keineswegs dadurch entkraeftet, dass die imperialistischen Banditen von USA und England das Gegenteil in der Weltpresse verkueunden lassen; das kostet sie nur Zeilenhonorar. Tatsaechlich loesen sie die alten Konzerne,

Trusts, Kartelle in Deutschland auf, in denen die deutschen Monopolkapitalisten das Kommando hatten; stattdessen bilden sie neue Wirtschaftsgebilde dieser oder jener Art, in denen die kapitalistischen Raueber von USA und England das Kommando haben, mit den deutschen Ausbeutern als Juniorpartnern. Wer zwischen den Zeilen des Artikels des "Tages-Anzeiger" vom 19.2. ~~liest~~: "Wirkliche Ausschaltung der Konzerne (in Deutschland)?" liest, dem bleibt kein Zweifel, dass die angelsaechsischen Imperialisten ihr siegreiches Kompromiss auch in Deutschland verwirklichen.

"Sieger" Stalins Rückzug geht weiter. Gromyko nimmt den amerikanischen Atombombenplan grundsätzlich an und will ihn nur durch Gegenvorschläge ändern (NZZ 19.2. Mittagausgabe und Zürcher Nachrichten 21.2.). Stalinrussland erklärt sich bereit zu prüfen, wie es die 11 Md.D. Weih- und Pachtschulden bezahlen kann (NZZ 23.2. Morgenausgabe). Stalinrussland billigt die "strategische Treuhandschaft" des amerikanischen Imperialismus über die 650 Japan abgenommenen pazifischen Inseln, d.h. billigt die tatsächliche Herrschaft der imperialistischen Banditen von USA über den Stillen Ozean (NZZ 27.2. Abendausgabe). Stalinrussland beginnt, den wichtigen eisfreien Hafen Dairen in der Südmandschurei zugunsten der chinesischen Bourgeoisie zu räumen, d.h. tatsächlich zugunsten Amerikas (Zürcher Nachrichten 28.2.).

Allmaehlich beginnen es die Spatzen vom Dach zu pfeifen, dass Stalinrussland den Krieg verloren hat. Die St.Gallener Zeitung bezeichnet den USA-Imperialismus als einzigsten Sieger (20.2. Morgenausgabe). Sogar der "Militant" in Amerika entdeckt, dass der USA-Imperialismus der einzigste Sieger ("the only victor") ist (No.6 vom 8.2.47, S.3, 2.Spalte, Abs.6), dass also die Stalinbürokratie die SU in die Niederlage geführt hat.

Die sozialdemokratischen, labouristischen, gewerkschaftsbürokratischen Lakaien der Dollar- und Pfund-Imperialisten werfen eifrige Blicke auf die innere Lage Russlands. Das "Volksrecht" schildert "realistisch" die elende Lage der russischen Arbeitermassen, ihre tiefe Unzufriedenheit, ihren wachsenden Gegensatz zu den "viel verdienenden Schichten", zur Arbeiterbürokratie, neuen Bourgeoisie, Arbeiteraristokratie (27.2.). Die Arbeitszeit der russischen Arbeiter wird von 7 auf 8 Stunden verlängert - sogar ohne geringste Erhöhung der unsagbar niedrigen Löhne (NZZ 27.2. Abendausgabe) - in Wirklichkeit mussten und müssen die russischen Arbeiter unter den Stalinangstern bei weitem länger arbeiten, auch ihre Frauen und Kinder, damit sie nur den allerkaerglichsten Lebensunterhalt verdienen, waehrend die Stalinparasiten und auch die von ihnen gezüchteten neuen kapitalistischen Elemente in Sauf und Brauf leben. Für die Mitglieder der Agrarkollektiven, auch für die armen ~~Arbeiter~~ Bauern führen die Stalinbanditen den Akkordlohn ein ("Volksrecht" 3.3.) "zur Steigerung der Produktion", d.h. in Wirklichkeit, damit die Stalinbürokratie und die neuen Botrgeoisie noch mehr fressen, saufen, huren, Reichtümer ansammeln kann als bisher.

Die sozialdemokratischen, labouristischen, gewerkschaftsbürokratischen Schmarotzer leiten daraus ab, dass Sowjetrussland infolgedessen nachgeben ~~und~~ und dass eben d a r u m der Frieden gesichert sei. Mit Behagen zitiert die "linke" Volksstimme (26.2.) die Betfaehlungen eines Amerikaners zur Aussenpolitik der SU, der, auf die gewaltige Ueberlegenheit der angelsaechsischkapitalistischen Wirtschafts- und Militaermaschine gegenüber der SU hinweisend, wörtlich sagt: "In dieser Situation kann nur eine geringe unmittelbare Gefahr eines bewaffneten Konfliktes zwischen den beiden Regierungen bestehen; denn die Sowjetregierung ~~wird~~ wird im kritischen Moment nachgeben... Moskau kann es sich im Hinblick auf seine verhaeltnismaessige militaerische Schwaeche nicht leisten, durch Treibenlassen einer diplomatischen Krise bis zum bewaffneten Konflikt eine Katastrophe zu riskieren". Mit einem Wort, die imperialistischen Lakaien sehen in der durch die Stalinbürokratie verschuldeten relativen Schwaeche der SU die Garantie des Friedens.

Wie stehen die Dinge wirklich? Sowjetrussland hat infolge der antirevolutionaeren Politik der Stalinbürokratie in den bisherigen Kriegsjahren eine katastropha-  
le Niederlageerlitten: es steht im Verhaeltnis zur Weltbourgeoisie, insbesondere zu der führenden kapitalistischen Macht, zu den USA, bei weitem schwächer da als früher. Darum antwortet Stalin auf die immer mehr gesteigerte Druckoffensive der angelsaechsischen Imperialisten mit fortgesetztem, immer weiter ausgreifendem Rückzug; darum ist er ernstlich bereit, den zweiten imperialistischen Weltkrieg zu beenden durch eine grosse Kapitulation vor der Weltbourgeoisie, vor USA-England.

Gerade diesen Abschluss des zweiten imperialistischen Weltkriegs, seine Beendigung durch ausreichende Kapitulation Stalinrusslands, wünschen die Weltimperialisten; sie ziehen ihn der Lösung durch kriegerische Mittel bei weitem vor. Denn sie wissen sehr wohl, dass der letzte Akt des zweiten imperialistischen Weltkriegs, mit Waffen ausgetragen, unvermeidlich die proletarische Revolution in sich birgt. Sie sind bereit, dem Stalinregime die Kapitulation möglichst zu erleichtern: durch grosse Konzessionen auf Kosten der deutschen Massen, naemlich durch Abtreten der deutschen Ostgebiete, durch riesige von den deutschen Massen aufzubringende, zu leistende Reparationen, und durch eine Riesenanleihe usw; und sie sind bereit, der Stalinbürokratie in aller und jeder Weise zu helfen, damit sie trotz der Kapitulation das Gesicht vor den Massen wahre (Labourparty, Spzialdemokratie, Gewerkschaftsbürokratie würde bei dieser Riesengaunerei, bei diesem gigantischen Verrat an der Weltarbeiterklasse wacker mithelfen). \*) Ausmass

Aber die angelsaechsischen Imperialisten brauchen unumgaenglich eine stalinsche Kapitulation in dem für sie unumgaenglich ausreichendem!!! Gehen die Dinge weiter wie bisher, so dürfte 1950 die Weltwirtschaftskrise da sein - vielleicht etwas früher, vielleicht etwas spaeter. Jedenfalls würde sie gigantischer sein als die von 1929. Amerika würde mit 25 - 30 Millionen Arbeitslosen vor der Revolution stehen. Das will die USA-Bourgeoisie vermeiden. Dazu braucht sie neue gewaltige Anlage-, Absatzmaerkte. Als kapitalistische Wirtschafts- und Staatsmacht kann sie diese nur finden auf Kosten des zwar stalinistisch aeusserst entarteten, aber noch immer proletarischen Sowjetstaates, vor allem im Fernen Osten, in China.

"Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut" - diese Losung der feudalen Aristokratie gegenüber ihrem Diktator, dem absoluten König, gilt auch für den stalinschen Absolutismus. Stalin ist der von bestimmten Schichten vorgeschobene Diktator; er bleibt es solange, solange er den Interessen dieser Schichten dient, entspricht.

Subjektiv, als bürokratischer Oberparasit, ist er der Exponent der schmarotzerischen Sowjetbürokratie, der Stalinbürokratie. Diese Schicht der bürokratischen Wanzen hat das leitende Interesse, sich weiter an Macht und Futterkrippe zu behaupten, um die russischen Massen weiter politisch ausschmarotzen und dies in wirtschaftliche Vorteile für sich ummünzen zu können. Diese Schicht ist nötigenfalls zur aeussersten Kapitulation bereit - unter der Grundbedingung, dass sie an Macht und Pfründen im grossen und ganzen sich weiter behaupten kann. Allein die Kapitulationsbereitschaft der parasitaeren, verkleinbürgerlichten Stalinbürokratie stösst auf zwei Klassengrenzen.

Durch ihre antirevolutionaere, antiproletarische Politik züchtet sie - gegen ihren Willen - auf ihrem rechten Flügel und um ihn herum immer mehr eine neue russische Bourgeoisie heran. Objektiv ist die Stalinbürokratie der Exponent dieser durch ihre Schuld sich faktisch herausbildenden neuen russischen Kapitalistenklasse. Den Fernen Osten dem imperialistischen Amerika ausliefern, ihm nicht nur China samt Mandschurei auszuhaendigen, sondern dadurch zugleich Ost- und Mittelsibirien samt den Zugang zum Stillen Ozean dem imperialistischen Zugriff des USA-Kapitals öffnen, das hiesse entscheidende, künftige Profitinteressen der neuen russischen Ausbeuterklasse preisgeben, die zwar noch gezwungen ist, einstweilen getarnt aufzutreten, aber in nicht langer Zeit offen nach der Macht greifen wird.

Nur gestützt auf die Millionenmassen der russischen Arbeiter und armen Bauern kann die Stalinbürokratie ihre Diktatur des bonapartistischen Parasitismus behaupten gegen die durch sie immer wieder und immer mehr gezüchteten neuen kapitalistischen Elemente und gegen die Weltbourgeoisie überhaupt. Aus ihrem parasitischen Selbstbehauptungsinteresse heraus kann die Stalinbürokratie die Interessen der russischen Arbeiter und armen Bauern, so sehr sie ~~stark~~ sie tausendfach verraet, nicht völlig preisgeben. Wenn sie die Kampfkraft der russischen Millionenmassen ~~ganz~~ politisch nicht mehr ausschmarotzen könnte - gerade das setzt sie immer wieder in riesige ökonomische Vorteile für sich um - waer es um die Stalinbürokratie geschehen. In Wahrheit leben die russischen Arbeiter und armen Bauern schon seit Jahren tief unter dem Existenzminimum. Den Fernen Osten, dem amerikanischen Imperialismus preisgeben, dadurch Ost- und Mittelsibirien samt dem Zutritt zum Stillen Ozean aufs aeusserste gefaehrden, in Wirklichkeit ebenfalls preisgeben, das würde den Sowjetstaat wirtschaftlich und politisch gewaltig schwächen. Um ihr Parasitendasein weiter zu führen, müsste die Stalinbürokratie den letzten russischen Arbeiter und armen Bauern noch tief unter das heutige Hungerdasein drücken. Das je-

doch würden diese Millionenmassen keinesfalls mehr ertragen; sie würden mit den Stalinparasiten blutig abrechnen.

Bei aller Kapitulationsbereitschaft vermag die Stalinbürokratie nicht so weit zu gehen, als die Profit-, Machtinteressen der angelsächsischen Imperialisten unumgänglich fordern.

Rein politisch genommen wäre es denkbar, dass die amerikanisch-englische Bourgeoisie sich mit einer ratenweisen Kapitulation der Stalinbürokratie begnügen könnte, wozu diese zweifellos bereit ist, da sie ihr Parasitendasein dadurch ziemlich verlaengern würde. Doch sprechen entscheidende wirtschaftliche Gründe gegen die Wahrscheinlichkeit dieser Lösung. Um in China Kapitalanlagen in Milliardenumfang zu riskieren, braucht das amerikanische Kapital nicht eine ratenweise, sondern volle "Ruhe und Ordnung", das heisst die volle stalinische Kapitulation in China, im Fernen Osten.

Nur in einem Fall wäre eine grosse Kapitulationsrate für die angelsächsischen Imperialisten sinnvoll, annehmbar; wenn sie sämtlich durch Kombination mit dem gegenrevolutionären Vorstoss der neuen russischen Bourgeoisie im Innern der SU zum kapitalistischen Umsturz in Russland führen würde, zum endgültigen Liquidieren des proletarischen Sowjetstaates, zum Aufrichten eines neuen kapitalistisch-russischen Staates, letzten Endes zu einem von der Weltbourgeoisie unter Führung der angelsächsischen Imperialisten kontrollierten kapitalistischen Russland.

Der Kreml ist sich der ganzen Riesengefahr voll bewusst. Er sucht vor allem Zeit zu gewinnen. Er spekuliert auf die Weltwirtschaftskrise. Auf dem Kongress der Stalinpartei Englands erklärte der Vertreter der amerikanischen KP: "Wallstreet ist mächtiger aus dem Krieg hervorgegangen als je zuvor, aber jetzt entwickelt sich in den Vereinigten Staaten eine Krise, die es den geeinigten Arbeitern (lies: der Stalinbürokratie, dem Stalinregime) ermöglichen wird, die Angriffe der Reaktion abzuwehren" (NZZ 24.2. Morgenausgabe).

Das wissen die Dollarmillionäre mindestens so gut, wie die Stalingelehrten. Darum ist kaum anzunehmen, dass sie den zweiten imperialistischen Weltkrieg gegen die SU erst nach der Weltwirtschaftskrise zu Ende führen werden. Sondern es ist viel wahrscheinlicher, dass sie gerade durch das Zuendeführen des zweiten imperialistischen Weltkriegs gegen die SU trachten werden, der Weltwirtschaftskrise zuvorzukommen, um der ökonomischen Krisengefahr für eine längere Zeit zu entgehen auf Kosten des proletarischen Staates, des Weltproletariats, der kolonialen Massen. Wir haben schon wiederholt gezeigt, dass Amerika und England es gar nicht nötig haben, selbst in den Krieg zu treten; sie sind in der Lage, das Zuendeführen des zweiten imperialistischen Weltkriegs für ihre Rechnung durch die chinesische, japanische, deutsche, türkische Bourgeoisie, vielleicht auch durch die italienische, französische besorgen zu lassen, wobei die Massen dieser Länder die Zeche zu zahlen haben würden.

So gross die Kapitulationsbereitschaft der Stalinbande, es ist noch immer eine sehr breite Kluft zwischen dem, wozu die Stalinparasiten durch Kapitulation einzuraumen bereit sind, und dem, was die imperialistischen Banditen Amerikas und Englands fordern, von ihrem Profitstandpunkt, Banditenstandpunkt fordern müssen. Im Gespräch mit Roosevelt junior erklärte sich Stalin sehr verstaendigungsbereit; aber in bezug auf das Fernost-Problem war er "auffallend vorsichtig" und sagte, ihm schein die Verstaendigung im Fernen Osten nützlich, "wenn sie sich durchführen lässt" (NZZ 3.2. Mittagsausgabe). Das geht auch aus der Rede hervor, die Bevin vor der Reise zur Moskauer-Konferenz der vier grossen Räuber im Unterhaus hielt: "Ich glaube keinen Moment daran, dass wir nach Moskau gehen und dort gleich den Friedensvertrag für Deutschland fertigstellen können (dieser Friedensvertrag hängt nämlich ab von den hinter den Kulissen geführten Verhandlungen über China, Mandschurei, Korea)... Ich hoffe, man wird von uns nicht erwarten, dass wir in Moskau wesentliche Fortschritte erzielen können. Wir stehen sehr grossen Schwierigkeiten gegenüber... Das gestörte Gleichgewicht und die wirtschaftliche Unordnung behindern uns sehr wesentlich, den Frieden wieder aufzubauen" (Basler Nachrichten 28.2. Morgenausgabe) - zur Herstellung des gestörten (kapitalistischen) Gleichgewichts bedarf es eben eines solchen Anlagemarktes wie China, bedarf es der "Ruhe und Ordnung" daselbst, bedarf es mit einem Wort der ausreichenden Kapitulation Stalinrusslands im Fernen Osten, vor allem in China... Dass Stalin in der russischen Zone von Korea die jungen Leute ausheben und eine Armee von erheblicher Grösse ausbilden lässt

(NZZ 26.2. Morgenausgabe), auch das spricht nicht dafür, dass die stalinische Kapitulation in dem für USA so notwendigen gigantischen Umfang zu haben ist. ---

Die Vernichtung von über einer Million Tonnen Kartoffeln in USA im Auftrag der Regierung, um den Kartoffelpreis zu halten, ist mit ein Zeichen, dass sich Absatzschwierigkeiten einzustellen beginnen. Die amerikanische Bourgeoisie organisiert einen Feldzug gegen die Arbeiterklasse, vor allem gegen die Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsbürokratie protestiert gegen die von der Regierung projektierte Arbeitergesetzgebung, die auf die Vernichtung der Gewerkschaften ausgeht, aber sie tut praktisch nichts Ernstes, um dieser Gefahr zu begegnen. Unsere amerikanischen Genossen kämpfen für die Einheitsfront der Arbeiter, für die amerikanische Labourparty. Allerdings konzentriert der "Militant" den geschlossenen Kampf gegen "die 60 Familien, die USA kontrollieren", statt gegen die gesamte Bourgeoisie (siehe No. 6 vom 8.2.47, S.3, Spalte 2, Absatz 3). Es ist notwendig, dass unser Kampf die amerikanischen Arbeiter von Haus aus einstellt auf eine amerikanische Labourparty als proletarische Einheitsfrontorganisation, in der auch die proletarische Revolutionspartei ihre volle politische und organisatorische Selbstständigkeit und Unabhängigkeit behält; es ist ein empfindlicher Mangel, dass die amerikanische Bruderpartei das unterlässt. -

Der grosse Kummel von der sogenannten "Wirtschaftskrise" in England war und ist dem Wesen nach ein Riesenmanöver der Bourgeoisie und der LP samt Gewerkschaftsbürokratie, um die englische Arbeiterschaft dahin zu bringen, "die Produktion zu steigern", d.h. die Profite der englischen Kapitalisten zu erhöhen. Man muss dem englischen Korrespondenten des "Tages-Anzeigers" (27.2.) dankbar sein, dass er den Punkt, den die meisten Blätter samt der sozialdemokratischen, stalinistischen, gewerkschaftsbürokratischen Lokalpresse verschmieren, verschleiern, mit seltener kapitalistischer Offenherzigkeit ausspricht: "Das Problem ist nur durch Arbeitsintensivierung zu lösen und das Weissbuch (der "sozialistischen" Labourregierung) dient keinem andern Zweck"... "Mehr Arbeitsstunden" und "mehr Handgriffe während der Arbeitsstunden"... "schmackhafter gemacht" (durch den Schwindel der) "gleichmässigen Verteilung der Opfer"... Auch der Aufruf des National Council of Labour (siehe NZZ 1.3.) dient demselben Zweck. Dieser gemeinsame Ausschuss des Gewerkschaftsbundes, der LP, der Genossenschaftsbewegung, also der englischen Arbeiterbürokratie, ruft die Arbeiterschaft auf zur "Anstrengung in der Arbeitsverrichtung"...; "Durch individuelle Anstrengung muss jeder Einzelne zur Produktionssteigerung beitragen, heute und künftighin", damit die Prosperität gesichert sei, das heisst noch grössere Profite als bisher für die kapitalistischen Haifische Englands. Dem Zweck, die Ausbeutung zu steigern, dienen auch die von der Labourregierung eingeführten "Workang parties" in den Betrieben und die "Industrieraete", die "gestaffelte Arbeit" und die geplante Nacharbeit. Zugleich suchen Bourgeoisie, Labourregierung, Gewerkschaftsbürokratie die Zufuhr von neuen Arbeitskräften möglichst zu vermehren, um den Druck auf die Löhne zu erhöhen. Kurz es geht um das Senken der Real-löhne, damit die Profite der Bourgeoisie noch höher werden. "Auf höhere Löhne verzichten im Interesse der Allgemeinheit (das heisst: im Interesse der Profite der Ausbeuter), das nennt das "Volksrecht" (26.2.) mit Bezug auf die Politik der Labourregierung "Gewerkschaftliche Verantwortung". Um denselben Riesenbetrug geht es - darin hat das "Volksrecht" vollkommen recht - der Regierung auch in Frankreich, an welcher SP, KP, Gewerkschaftsbürokratie beteiligt sind. Und dieselbe Lumperei wünscht sich das "Volksrecht" (26.2.) auch - für die Schweiz! (Die ganze Presse der Schweizer SP hat diesen verbrecherischen Artikel übernommen).

Worum geht es in Indien? Mit der grosszügigen Schwindelgeste, "Indien die Freiheit zu schenken" hat die Labourregierung folgenden gigantischen Gaunerfeldzug gegen die indischen Massen eröffnet. Falls die indischen Parteien sich nicht "auf eine Verfassung einigen", wird die Labourregierung spaetestens im Juni 1948 "die Macht den bestehenden Regierungen in Indien übergeben". Aus der imperialistischen Raubersprache übersetzt heisst das: Mit der Drohung, spaetestens im Juni 1948 Indien in 400 Teile zu zerreißen (die Macht jedem Einzelnen der 350 indischen Feudalfürsten und den 16 Provinzialregierungen zu übergeben) treiben die Labourimperialisten die indischen Parteien dahin, in kürzester Zeit sich auf eine Verfassung zu einigen, die die Macht der englischen Bourgeoisie, die indischen Millionenmassen ökonomisch gründlich auszubeuten, weiter sichert und durch eine Allianz ("Staatsvertrag") dieselben Massen verpflichtet, die Raubinteressen des englischen Imperialismus in der ganzen Welt mit ihrem Blut und Gut zu verfechten... "England sucht die rasche und entscheidende Sicherung

seiner Allianz mit dem freien Indien" schreibt die St.Galler Zeitung (26.2. Morgenausgabe) - die rasche Sicherung, spaetestens bis Juni 1940: das haengt eng zusammen mit dem noch zu Ende zu führenden zweiten imperialistischen Weltkrieg gegen die SU... Was aber dann, wenn die indischen Parteien auf diese "Freiheit" sich nicht einigen? "Wohlweislich hat es die Labourregierung unterlassen, ihre Absichten im Falle des Ausbleibens der Einigung zwischen den indischen Parteien zu praezisieren" (NZZ 2.3.). In Wirklichkeit wird sie in diesem Fall ihre Gewaltherrschaft fortsetzen und dies durch die "Freiheit" verschleiern, die sie - angeblich - dem indischen Volke gewahren wollte. Im übrigen wird sie sich in beiden Faellen stützen: auf die indischen Fürsten, Grossgrundbesitzer, Wuherer aller Art; auf die englischimperialistischen Bastionen in Ceylon, den Andamanen, den Nikobaren, Burma; und vor allem auf ihr Raubbündnis mit den amerikanischen Imperialisten. -

Schtanow ist ein Repräesentant der konsequentesten russischen Nationalisten. Sein Zurückstellen knapp vor der Moskaukonferenz soll unterstreichen, dass Stalinregime, Stalinbürokratie zu einer Kapitulation in bedeutendem Umfang bereit sind. -

Deutschland, das deutsche Volk, die deutschen Massen sind weiterhin nichts als Plünderungs-, Schacherobjekt der "Grossen Vier" - Raeber. Am meisten leiden die deutschen Arbeitermassen, denn sie werden zu all dem auch noch von den deutschen Kapitalisten ausgebeutet. Die wirkliche Lage der deutschen Massen ist viel schrecklicher selbst als die schrecklichsten Nachrichten der Presse. Diese Wahrheit sickert immer mehr durch. Und auch die Wahrheit, dass daran die stalinrussischen Nationalisten und bensoehr die amerikanischen, englischen, französischen Imperialisten schuld sind. Deren Raubzüge, Schurkereien zu beschönigen, ist die besondere Aufgabe der sozialdemokratischen, labouristischen, gewerkschaftsbürokratischen Lakaien der Dollar- und Pfund-Milliardäre. Diese Lakaien rechtfertigen das Ausplündern Deutschlands durch die "Befreier" mit der Schuld der "Deutschen", worin die deutsche Arbeiterklasse inbegriffen wird und ist. Je mehr das ungeheure Unrecht zum Himmel ~~anspricht~~ schreit, dessen sich die "Befreier" in Deutschland schuldig machen, desto mehr fühlen SP, LP, Gewerkschaftsbürokratie beim Beschuldigen der "Deutschen", das heisst beim Mitbeschuldigen der deutschen Arbeiterklasse das Bedürfnis, ihre Haende rein zu waschen und ihre Schuld auf diese oder jene Sündenböcke abzuwaelzen. Dieser Lumpenarbeit unterzog sich das "Volksrecht" jüngst in einer Reihe von Artikeln. Zuerst wurde die Schuld auf Noske, Ebert, Scheidemann geschoben, dann auf die deutsche Rechtssozialdemokratie, schliesslich auf die ganze SP Deutschlands.

Gewiss, sie sind schuldig, das ist ausser Zweifel. Doch worin bestand ihre Schuld? Darin, dass sie statt die Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Bourgeoisie zu führen, sich mit der Bourgeoisie zur "Zusammenarbeit" fanden gegen die Arbeiterklasse, gegen die proletarische Revolution. Darin, dass sie statt ihre Politik nach den Interessen der internationalen Arbeiterklasse auszurichten, sie nach den Interessen der "Nation", des "Volkes", des (kapitalistischen!) Staates" ausrichteten, das heisst nach den Interessen der Bourgeoisie.

Genau dieselbe Politik machten die sozialdemokratischen, labouristischen Parteien aller Laender (samt der Gewerkschaftsbürokratie) - auch in der Schweiz!

Und genau dieselbe Politik machen auch heute die sozialdemokratischen, labouristischen Parteien aller Laender (samt der Gewerkschaftsbürokratie) - auch in der Schweiz!

Dieselbe Politik, die die deutsche Arbeiterklasse in die faschistische und dann in die Kriegskatastrophe geführt hat, genau dieselbe Politik ~~treiben~~ treiben die sozialdemokratischen, labouristischen Parteien samt der Gewerkschaftsbürokratie auch heute in allen Laendern, - auch in der Schweiz!

Genau dasselbe gilt von den Stalinparteien aller Laender. Nur haben sie das zeitweise mit ultra"radikalem" Schwindel maskiert, den sie heute durch andern Schwindel ersetzen. Man höre z.B. folgenden Gaunertrick des stalinistischen ~~Witz~~ Vizegministerspraesidenten Thorez in Frankreich: "Wir haben nie das deutsche Volk mit Hitler verwechselt (in Wirklichkeit taten sie das schamlos, völlig offen durch lange Zeit), doch muss das deutsche Volk (also auch die deutsche Arbeiterklasse!) seine Verantwortung anerkennen und das Uebel, das es angerichtet hat, bezahlen". Die deutsche Stalinpartei (samt Stalininternationale, Stalinregime - Hand in Hand mit der SP, LP und Gewerkschafts-

bürokratie) haben die deutsche Arbeiterklasse in die nationalsozialistische Katastrophe und damit auch in die Kriegskatastrophe gestürzt. Die deutsche Arbeiterklasse war, ist das erste Opfer - durch stalinsche, sozialdemokratische, labouristische, gewerkschaftsbürokratische Schuld!!! - des Nationalsozialismus: und nun verlangen diese am Unglück der deutschen Arbeiterschaft ~~Krank~~Schuldigen, dass diese mit "die Verantwortung übernehmen, bezahle", was die deutsche Bourgeoisie mit ihrer Nazidiktatur angerichtet hat. Und diese Schurken nennen sich "Kommunisten", "Sozialisten" und gaukeln, dass sie "im Interesse der Arbeiterschaft handeln"!!!.

In Frankreich arbeitet die Bourgeoisie mit Hilfe der KP, SP, Gewerkschaftsbürokratie daran, die Reallöhne der Arbeiter weiter zu senken. Um den Widerstand der Arbeitermassen zu brechen, sucht die Regierung der Ramadier (an der SP, KP, Gewerkschaftsbürokratie beteiligt sind), die Arbeiterschaft zu spalten. Damit die französische Bourgeoisie wieder zu grösseren Profiten komme, will die Regierung unter keinen Umständen eine allgemeine Lohnerhöhung zulassen. Sie hat mit den Unternehmern folgenden Feldzugsplan ausgekocht: eine kleine Erhöhung der Löhne der schlechtest bezahlten Arbeiter; Familienzulagen für die verheirateten Arbeiter. So soll der Zusammenhalt der Arbeitermassen gesprengt und sie alle zusammen geschlagen werden, auf dass die Profite der französischen Bourgeoisie höher steigen und dabei grösseres Trinkgeld für die stalinschen, sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen Bürokraten abfalle. Die Stalinpartei geht mit der französischen Bourgeoisie durch dick und dünn, um deren Unterstützung bei der Moskauer Konferenz für die russischnationalistischen Bedürfnisse des Stalinregimes zu bekommen - sie ist aber gezwungen, äusserst vorsichtig zu manövrieren; denn die französischen Massen, die unter bitterer Not leiden, sind dank der bisherigen Erfahrungen scharfsichtiger, hellhöriger geworden. Die Stalinbürokratie sucht Zeit zu gewinnen, Sie hat zur Beratung über die Regierungspläne eine Gewerkschaftskonferenz für den 12.3. einberufen. Inzwischen haben die französischen Arbeiter dank KP, SP, Gewerkschaftsbürokratie bei schändlich niedrigen Löhnen weiter zu hungern, auch die Arbeiter mit dem "hohen" Löhnen...

Man darf sich durch die Verhandlungen über die französischrussische, französisch-polnische, französisch-tschechische Allianz nicht täuschen lassen. Die französische Bourgeoisie steht auf dem Wege über die britischfranzösische Allianz fest in der angelsächsisch-imperialistischen Front, aber sie möchte dafür etwas mehr Konzessionen von USA-England erpressen.

So wie in Frankreich, so dreht sich auch in Italien die Politik darum, die Reallöhne zu senken, die Bourgeoisie auf Kosten der Massen zu sanieren, ihre Profite zu erhöhen. So auch in Belgien, Holland usw.

Die Massen wehren sich, gerade jetzt zieht eine Welle erhöhten spontanen Widerstands der Arbeitermassen durch ganz Europa. Die Selbsttätigkeit der Massen steigt.

In Hochsavoyen (Frankreich) griffen die Arbeiter ein, um die Lebensmittelzufuhr, die dem prasserischen, kapitalistischen "Sportkurort" Mégeve reichlich zugeht, und führten diese Lebensmittel den arbeitenden Massen von Ugine zu.

In Castelnovo (Italien) haben die Arbeiter im Zuge ihres Lohnkampfes die Straßen provisorisch in Verwaltung übernommen.

In Kopenhagen (Daenemark) zogen 8000 Hausfrauen zum Reichstag. Sie verlangten gerechte Verteilung der Lebensmittel und die Errichtung eines Verbraucherrates, durch den die Hausfrauen einen entscheidenden Einfluss auf die Einfuhr und Ausfuhr und auf die Produktion Daenemarks erhalten sollen.

In Brüssel (Belgien) demonstrierten 50.000 Kriegsgefangene gegen die Regierung vor dem Parlament. Die Parlamentswache schoss auf sie. Das Innenministerium verbot die Ansammlung von mehr als vier Personen in Brüssel und den Vororten. In der Regierung sitzen auch "Sozialisten" und "Kommunisten", überhaupt lauter waschechte (kapitalistische) "Demokraten"...

Auch in der Tschechoslowakei, diesem angeblichen Paradies der Stalinparasiten (Stalinpartei und Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie sitzen mit in der Regierung), geht eine Streikwelle durchs Land, trotz der Warnung der stalinistischen und sozialdemokratischen Zeitungen "vor Streiks, die in einem (angeblich) sozialisierten Staat, der der Arbeiterklasse (angeblich) jeden nur wünschbaren Schutz gewährt, nicht

angewendet werden sollten" ("Volksrecht" 28.2.). Jeder denkende Arbeiter weiss nun, was von dieser "Sozialisierung" zu halten. Auch in der Tschechoslowakei sind KP, SP, Gewerkschaftsbürokratie Helfer, Lakaien, Durchführungsorgane der kapitalistischen Ausbeuterklasse gegen das Proletariat, gegen die proletarische Revolution. Die Lobartikel des "Vorwaerts" und des "Volksrecht" über das "Paradies" der tschechischen Arbeiterschaft sind jetzt entlarvt als das, was sie sind: erstunkene Lügen, um die Schweizer Arbeiter zu betrügen, irrezuführen.

Wer das Manifest der neuen spanischen Exilregierung liest ("Volksstimme" 26.2.) wird daraus nicht recht klug. Das "Volksrecht" (27.2.) lässt die Katze wie folgt aus dem Sack: "In Paris finden gegenwaertig Verhandlungen staet zur Bildung einer gegen Franco gerichteten Front zwischen den in der republikanischen spanischen Regierung Llopis vertretenen Parteien (dazu gehören auch die SP, KP, die Gewerkschaftsbürokratie, auch die anarchistische) und den spanischen Monarchisten! Genau das, was die imperialistischen Banditen von USA-England von diesen ihren "republikanischen", "sozialistischen", "kommunistischen" Lakaien verlangen. -

Beim Einschuetzen der Lage und der Perspektive müssen wir stets beide Seiten des vor sich gehenden sozialen Prozesses im Auge behalten. Der Kampf der Massen gegen die Bourgeoisie schwillt wellenmaessig an. Aber auch die Bourgeoisie entfaltet wellenartig nach Breite und Tiefe ihren Kampf gegen die Massen. Wer steigert seine Kampfkraft rascher, gründlicher, sichorer, in höherem Ausmass, die Arbeiterklasse oder die Kapitalistenklasse? - darauf kommt es an, auf dieses relative Verhaeltnis! Das haengt - die objektiven Verhaeltnisse des niedergehenden Kapitalismus gegeben - von der Führung ab.

Versagt die proletarische Partei, lenkt sie die Aktivitaet der Massen nicht durch richtige Politik in révolutionaere Richtung, treibt sie opportunistische, zentristische, linkszentristische, ultra"linke" Politik, so führt sie eben dadurch im Verlauf der Kaempfe zum allmaechlichen Ermüden, Erlahmen der Massen und macht die Bahn frei für einen neuen Faschismus. Auf die richtige, auf die revolutionaere Linie, Führung kommt es an!

Die Weltbourgeoisie hat eine zielklare, feste, konsequente Führung. Nimmt man die Zeit seit der Niederwerfung Deutschlands, Japans, so besteht der in diesen zwei Jahren vom Internationalen Sekretariat, der tatsaechlichen Führung der Vierten Internationale erfolgte Kurs, bei ehrlichster revolutionaerer Absicht, in einem Gemengsel von Unklarheit, Unsicherheit, Schwanken, Inkonsequenz, mit einem Wort: in nicht revolutionaerer Politik. Gerade darum bleibt das wellenweise Anschwellen der revolutionaeren Kraefte des Weltproletariats hinter dem wellenartigen Anschwellen der konterrevolutionaeren Kraefte der Weltbourgeoisie zurück - eine für die Weltrevolution überaus gefährliche Entwicklung.

Es geht um Wohl und Wehe der Weltarbeiterklasse, des proletarischen Staates, der Weltrevolution. Man muss die Dinge beim Namen nennen: Schluss mit der Oberflaechlichkeit, Schluss mit dem Dilettantismus, Schluss mit dem Opportunismus jeglicher Art in der Vierten Internationale! Vorwaerts zur klaren, konsequenten revolutionaeren Linie, vorwaerts zum revolutionaeren Kampf für die Uebergangslösungen durch Verkuempfen mit der revolutionaeren Kritik und Propaganda! Vorwaerts zur völlig klaren Einstellung in der russischen Frage: eben dadurch vorwaerts zur Ueberwindung der objektiv gegenrevolutionaeren Position der ehrlichen Ultra"linken" gegenüber dem trotz der stalinischen Entartung noch immer proletarischen Sowjetstaat! Schluss mit dem antirevolutionaeren Gefasel, Stalinrussland habe den bisherigen Krieg gewonnen! Schluss mit dem oberflaechlichen, die Massen irreführenden Geschwaetz, der zweite imperialistische Weltkrieg sei bereits beendet! Schluss mit dem opportunistischen Wahnsinn des Internationalen Sekretariats, irgend eine Sektion zum Totaleintritt in eine nichtrevolutionaere Partei zu verführen! Schluss mit dem antirevolutionaeren Verhalten, das die verkleinbürgerlichten "Arbeiter"parteien, diese Verratsparteien, den Arbeitermassen als wirkliche Arbeiterparteien ausgibt!

3.3.1947.

A.R.

Nachtrag. Ueber die ehemalige Führerin der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ruth Fischer, die durch ihre ultra"radikale" Politik soviel zur Katastrophe der deutschen Arbeiterklasse beigetragen hat, erfahrt man aus der "Neuen Zürcher Zeitung" (20.2. Mittagsausgabe): "Ruth Fischer gibt in New York eine Korrespondenz heraus zur "Bekämpfung des Stalinismus". "Mit grosser Personalkennntnis der internationalen kommunistischen Bewegung, wurde sie eine willkommene Kronzeugin der (amerikanisch-kapitalistischen) Justizbehörden". Tief gesunken, sehr tief.